

In dem Geschäft fühlen sich die Großen wohl

Uwe Nestle über die hohen Kosten bei Offshore-Anlagen



Uwe Nestle vom Forschungsinstitut EnKliP untersuchte in einer Studie für die Linksfaktion im Bundestag jüngst die Folgen der Windenergie vor der Küste für Strompreis und Energiegewende. Mit dem Studienautor sprach **Benjamin Beutler**.

Foto: privat

Seit Jahren wiederholen Kritiker der Energiewende gebetsmühlenartig, die Ökostromumlage zur Förderung sauberer Energie aus Wind und Sonne belaste die Privathaushalte zu stark. Hat die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) der Großen Koalition im Jahr 2014 den Strom wie versprochen billiger gemacht?

Vor allem 2007 bis 2011 wurden sehr viele der damals sehr teuren Photovoltaikanlagen gebaut. Diese tragen noch heute stark zur hohen EEG-Umlage bei. Aber: So teuer wird es nie wieder. Die Kosten neuer EEG-Anlagen sind seit 2010 massiv gefallen, um mehr als die Hälfte. Dadurch ist der heutige Ökostromausbau deutlich günstiger, zusätzlich werden die Verbraucher also kaum belastet. Das gilt vor allem für den Ausbau des Strombilligmachers Windenergie an Land und der Photovoltaik, die heute fast genauso günstig ist. Beide Technologien erzeugen Strom zu gleichen Preisen wie neue fossile Kraftwerke. Atomkraftwerke wären natürlich noch viel teurer. Diese Kostensenkung fand aber bereits auf Basis des alten EEG statt. Dafür waren weder die Begrenzung des Ausbaus von Wind und Solar noch die Umstellung auf ein vermeintlich marktbasierendes Ausschreibungssystem – beides Maßnahmen dieser Bundesregierung – dafür notwendig.

Warum dann die gestiegenen Strompreise?

Zum einen werden die gesunkenen Börsenstrompreise nur zeitverzögert an den Verbraucher weitergegeben. Zum anderen wurde der Ausbau trotz des neuen EEG im vorigen Jahr wieder spürbar teurer, weil deutlich mehr der heute noch relativ teuren Offshore-Windenergie hinzugebaut wurde. Das war und bleibt allerdings ein Ausnahmehjahr, solange die Bundesregierung die Begrenzung bei Offshore-Windenergie nicht weiter lockert. Um die durchschnittliche Vergütung neuer EEG-Anlagen wieder unter zwölf Cent pro Kilowattstunde zu drücken, was das offizielle Ziel der Bundesregierung ist, müsste sie mehr von den günstigen Technologien fördern. Stattdessen wurde der Ausbau hier massiv reduziert. Mit dieser volkswirtschaftlich unsinnigen Be-

grenzung droht die Große Koalition ihr eigenes Kostenziel zu verfehlen.

Sind das neue EEG und der Offshore-Ausbau also Geschenke an die alten Player der fossilen Energiewirtschaft? Wird die Energiewende jetzt von angestammten Stromkonzernen wie RWE gekapert?

Die Investitionskosten und das Investitionsrisiko bei Offshore-Windenergie sind so hoch, dass kleine Akteure praktisch nicht mitspielen können. In diesem Geschäft fühlen sich die großen Stromversorger wohl. Aber auch andere EEG-Änderungen dieser Bundesregierung spielen eher den Großen in die Hände, etwa die Umstellung auf ein Ausschreibungssystem für Erneuerbare und die Abkehr von der alten Festpreisvergütung. Nicht zuletzt ist das starre Festhalten an der Obergrenze von maximal 45 Prozent Ökostrom am Stromverbrauch im Jahr 2025 natürlich ein Geschenk an die alte Energiewirtschaft. Denn im Umkehrschluss bedeutet das, dass auch 2025 noch 55 Prozent unseres Stroms aus klimaschädlichen Kohle- und Gaskraftwerken kommt. Angesichts der Klimakrise und des anspruchsvollen Pariser Klimaabkommens ist dies ein bemerkenswerter Bestandsschutz für Klimakiller.

Kann die Energiewende durch dezentrale Bürgerenergie an Land überhaupt geschafft werden?

Ökostrom aus Bürgerhand muss nicht teurer sein als Strom von konventionellen Anbietern. Ohne Bürgerenergie hätten wir außerdem ein deutlich größeres Akzeptanzproblem für die Energiewende, vor allem bei Windenergie an Land. Ein schnelles Wachstum von Wind an Land ist ohne Bürgerenergie kaum denkbar. Um also Bürgerenergie weiter zu ermöglichen, brauchen wir mindestens Ausnahmen vom Ausschreibungssystem für Onshore-Anlagen sowie große und kleine Photovoltaikanlagen. Das neue Ausschreibungssystem führt bei den Kleinen zwangsläufig zum zusätzlichen Risiko, nicht zum Zuge zu kommen. Das finanzielle Risiko können viele regionale Bürgerenergieorganisationen nicht schultern, da sie verlorene Ausschreibungen anders als die Großen nicht abfedern können.

Windkraft hoch drei

2015 war ein Rekordjahr beim Ausbau von Offshore-Energie

Vergangenes Jahr hat sich die Leistung von Offshore-Windanlagen hierzulande mehr als verdreifacht. Doch diese Technologie steht weiterhin im Schatten der anderen regenerativen Quellen.

Von Simon Poelchau

2015 war ein sehr gutes Jahr für die Windenergie auf See. 546 Offshore-Anlagen mit einer Leistung von 2282 Megawatt speisten vergangenes Jahr in Deutschland erstmals in das Stromnetz ein. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die installierte Leistung damit mehr als verdreifacht, wie die Arbeitsgemeinschaft Offshore-Windenergie, der Maschinenbau-Verband VDMA und die Windenergie-Agentur WAB zusammen bekannt gaben. Doch sie dämpften auch zu euphorischen Erwartungen: Für das laufende Jahr gehen sie von einem Ausbauziel von lediglich 700 Megawatt aus.

Damit entwickelte sich die Windenergie auf See gegen den allgemeinen Trend in der Branche der Erneuerbaren. So brach der Zubau von Photovoltaikanlagen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bis Ende November 2015 um 30 Prozent ein. Auch bei der Windkraft an Land geht es eher schleppend voran. Der Grund für den Einbruch vor allem bei der Solarenergie liegt in der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Jahr 2014 unter Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD). Diese führte zu einer Kürzung der Förderung von Strom aus regenerativen Energiequellen und besonders der Solarenergie.

Auch die Offshore-Branche stößt demnächst offenbar an die Grenzen des EEG. Gabriel plant nämlich in seinem Eckpunktepapier für eine EEG-Reform 2016 ein Ausbauziel von 11 000 Megawatt installierter Leistung bis zum Jahr 2025. Dies würde einen jährlichen Zubau von 700 Megawatt bedeuten. »Jedoch erst ein kontinuierliches jährliches Ausbauvolumen von mindestens 900 Megawatt ab 2021 würde die Grundlage dafür bilden, die Kosten der Offshore-Windenergie zu senken, Wertschöpfung und Industrieproduktion in Deutschland zu sichern und langfristig einen wirkungsvollen Beitrag zur Versorgungssicherheit zu leisten«, sieht die Branche einhellig ihre Interessen gefährdet.

Im vergangenen Jahr erfolgte die vollständige Inbetriebnahme von neun Offshore-Windparks. Den Großteil der Windräder baute die Branche in der Nordsee. 90 Prozent der insgesamt 3395 Megawatt installierten Leistung von 792 Anlagen stehen in der Nordsee, lediglich zehn Prozent in der Ostsee. Zusammen produzierten die Windräder an der Küste im vergangenen Jahr mehr als acht Terawattstunden Strom. Dies entspricht dem Strombedarf von



Windpark Baltic 2 bei Stralsund

Foto: Imago/BildfunkMV

über zwei Millionen Haushalten oder etwa 1,4 Prozent der Bruttostromversorgung.

Damit ist die Offshore-Windenergie trotz des massiven Zubaus weiterhin das Nesthähnchen der Erneuerbaren. Vorläufigen Schätzungen zufolge machten sie vergangenes Jahr rund 30 Prozent des Strommixes hierzulande aus. Zwölf Prozent entfielen dabei auf Windkraft an Land, knapp sechs auf Solarenergie und knapp sieben auf Biomasse. Der Rest bestand neben der Offshore-Stromerzeugung aus Wasserkraft, Hausmüll und anderen erneuerbaren Energieträgern.

Der Ausbau der Erneuerbaren birgt aber auch Probleme: Die derzeitigen Übertragungsnetze gelangen an ihre Grenzen. Im Jahr 2014 mussten die erneuerbaren Energiequellen nach Angaben der Bundes-

netzagentur so stark drosseln wie in den Jahren 2009 bis 2013 zusammen. Ein Großteil der Drosselung von insgesamt 1,6 Terawattstunden wurde durch Engpässe im Übertragungsnetz verursacht und betraf vor allem Windenergieanlagen in den nördlichen Bundesländern.

Diese Engpässe bereiten auch der Offshore-Branche Sorgen. Der Entwurf der Übertragungsnetzbetreiber für einen Netzentwicklungsplan reicht ihr dabei offenbar nicht aus. Dieser sei mindestens an die Eckpunkte für die geplante EEG-Reform 2016 anzupassen »und sollte in puncto Netzkapazität Ausbauziele mit angemessenem Sicherheitspuffer berücksichtigen«, fordert die Branche. Denn nichts ist für sie teurer als eine bereits gebaute Anlage, die keinen Strom liefern kann, weil die Anschlüsse fehlen.

NACHRICHTEN

Hoeneß kommt am 29. Februar vorzeitig frei

Augsburg. Uli Hoeneß wird am 29. Februar vorzeitig auf Bewährung aus der Haft entlassen. Dem Antrag des früheren Präsidenten des FC Bayern München auf Entlassung nach Verbüßung der Hälfte seiner Haftstrafe sei vom Amtsgericht Landsberg am Lech stattgegeben worden, teilte der Präsident des Landgerichts Augsburg, Herbert Veh, am Montag mit. Die Entlassung erfolge zur Bewährung, Hoeneß dürfe sich innerhalb von drei Jahren nichts zu Schulden kommen lassen, so Veh weiter. Hoeneß war im März 2014 wegen Steuerhinterziehung in Millionenhöhe zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Seine Gefängnisstrafe trat er im Juni 2014 an. *AFP/nd*

Ukraine verdreifacht Tarif für russisches Gas

Kiew. Trotz laufender Verträge hat der ukrainische Staatskonzern Naftogaz die Transitgebühren für russisches Erdgas Richtung EU zu Jahresbeginn mehr als verdreifacht. Auf 100 Kilometer soll das russische Staatsunternehmen Gazprom für den Transport von 1000 Kubikmeter nun umgerechnet knapp 7,25 Euro statt vorher 2,30 Euro bezahlen, wie Kiewer Medien am Montag berichteten. Die Transitzkosten würden sich demnach für Gazprom von 1,8 Milliarden Euro auf mehr als 5,5 Milliarden Euro im Jahr erhöhen. Der russische Konzern sei aber bisher nicht bereit, den höheren Tarif zu bezahlen, hieß es. *dpa/nd*

Ein Drittel weniger Jobs für Langzeitarbeitslose

Nürnberg. Die Anzahl der geförderten Jobs für Langzeitarbeitslose ist in den vergangenen zwei Jahren um mehr als ein Drittel zurückgegangen. Sie sank von knapp 140 000 auf unter 90 000, wie ein Sprecher der Bundesagentur für Arbeit am Montag sagte. Von den rund 84 000 Stellen im Dezember 2015 waren 76 000 Ein-Euro-Jobs. Die Zahl der offiziell registrierten Hartz-IV-Betroffenen, die länger als ein Jahr ohne Job sind, ging im gleichen Zeitraum nur um 1,4 Prozent auf etwa 927 000 zurück. *dpa/nd*

Airbus und Uber prüfen Kooperation

Paris. Der europäische Flugzeugbauer Airbus prüft eine Kooperation mit dem Fahrdienstleister Uber bei Helikopterflügen. Airbus erklärte, es gehe um die Schaffung eines neuen Geschäftsmodells, um neue Kunden zu gewinnen. Zum Einsatz sollen Helikopter vom Typ H125 und H130 kommen. Unklar blieb zunächst, was ein per App bestellter Flug kosten könnte. Uber vermittelt vor allem Autofahrten in verschiedenen Angebots- und Preisklassen. Das Unternehmen ist etablierten Taxiunternehmen in vielen Ländern ein Dorn im Auge. *AFP/nd*

Rorsted wechselt an die Spitze von Adidas

Herzogenaurach. Der bisherige Vorstandschef des Konsumgüterkonzerns Henkel, Kasper Rorsted, geht zum Sportartikelhersteller Adidas. Er werde ab August im Vorstand sitzen und zum 1. Oktober den Vorsitz übernehmen, teilte Adidas am Montag mit. Kurz zuvor hatte Henkel Rorsteds Weggang angekündigt. *AFP/nd*

Ver.di zählt über zwei Millionen Mitglieder

Berlin. Ver.di hat am Montag neue Mitgliederzahlen bekanntgegeben. Ende des vergangenen Jahres zählte die Dienstleistungsgewerkschaft demnach 2 038 638 Mitglieder. Den Verlust von 0,06 Prozent führte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske »eindeutig auf die konfliktreichen Tarifauseinandersetzungen im Jahr 2015« zurück. *epd/nd*

Die »Alte Dame« geht künftig in Grün

Französische Investitionsbank will die Energiewende mit Milliardenkrediten fördern

Seit 200 Jahren ist die CDC einer der größten Kreditgeber Frankreichs. Nun soll sie eine ökologische Neuausrichtung unterstützen.

Von Ralf Klingsieck, Paris

Die Caisse des Dépôts et Consignations (CDC), Frankreichs staatliche Depositenkasse, begeht in diesem Jahr ihr 200-jähriges Jubiläum. Sie wurde 1816 durch Ludwig XVIII. gegründet, der sie »unter den Schutz der Nation« gestellt und ihr Unabhängigkeit gegenüber der jeweiligen Regierung zugesichert hat. Dieser besondere Status war bitter nötig, um den Gläubigern des nach dem Sturz Napoleons hoch verschuldeten Landes Vertrauen einzufußeln. Im 19. Jahrhundert hat die CDC beispielsweise die Anlage eines landesweiten Netzes von Bahnliesen und Kanälen sowie den Ausbau des Straßennetzes finanziert und zu-

dem – als die allgemeine Schulpflicht eingeführt wurde – den Bau von Schulen in allen Städten und Gemeinden des Landes ermöglicht. Nach den massiven Zerstörungen des Ersten Weltkriegs spielte die CDC eine zentrale Rolle bei der Beseitigung der materiellen Schäden und der Ankerbelegung der Wirtschaft.

Auch später konnte sie sich immer wieder bewähren, ganz besonders nach dem Zweiten Weltkrieg, als das Kreditwesen weitgehend verstaatlicht war und die CDC eine zentrale Rolle beim Wiederaufbau spielte. Bei ihr werden bis heute Garantiegelder, beispielsweise von Notaren, hinterlegt, sie verwaltet die Einlagen der Sparkassen und der öffentlichen Sozialversicherungsträger sowie die staatlichen Rentenfonds.

Durch Garantien der Banc de France abgesichert, kann die CDC billig Geld aufnehmen und ist einer der

größten Kreditgeber des Landes. Sie finanziert den Bau von Sozialwohnungen, von Verkehrsanlagen und von kommunalen Infrastrukturen. Die Mittel dafür kommen aus den Einlagen der Bürger auf dem steuerfreien Volkssparbuch Livret A und in

Die Caisse solle zum »zentralen Akteur der ökologischen und Energiewende« des Landes werden, erklärte Hollande.

steuerbegünstigten Wohnungsbaufonds. Dieser Sektor macht bei der CDC einen Jahresumsatz von 261 Milliarden Euro aus. Der zweite Bereich mit 129 Milliarden Euro Um-

satz umfasst die diversen gesetzlich geregelten Einlagen öffentlicher Einrichtungen, die Leistungen an diese und die Finanzierung öffentlicher Projekte. Im dritten Bereich mit 150 Milliarden Euro Umsatz werden für den Staat dessen Anteile an der Post und anderen wirtschaftlich selbstständigen Unternehmen verwaltet. Bei einem Eigenkapital von rund 30 Milliarden Euro verwaltet die CDC fast 450 Milliarden Euro. 2014 wurde ein Reingewinn von 1,8 Milliarden Euro erzielt, von dem drei Viertel an den Staatshaushalt abgeführt werden mussten.

Auf der Jubiläumsveranstaltung mit 5500 CDC-Mitarbeitern und Gästen, die vergangene Woche im Pariser Grand Palais stattfand, hielt sich der französische Präsident François Hollande nicht lange – wie noch seine Amtsvorgänger François Mitterrand und Jacques Chirac zum 175.